

GASTKOMMENTAR zu den Lehren aus den Kriegsgründen von 1914

Ein Juli 1914 in Ostasien?

Vor 100 Jahren stand das alte Europa am Rande des Ersten Weltkriegs. Die Gründe des Kriegsausbruchs werden noch heute heftig diskutiert. Gleichzeitig wird die Warnung vor einem «neuen 1914» oft genutzt, um die Gefahr eines grossen Krieges zu beschwören - insbesondere in Ostasien, wo sich China und die USA misstrauisch gegenüberstehen. Doch nur ein differenziertes Verständnis der Kriegsgründe von 1914 kann helfen, diese Gefahr besser einzuschätzen.

Wer nach den Ursachen für den Ersten Weltkrieg fragt, erhält meist eine von drei Antworten. Erstens: Die Staatsmänner von damals seien, wie es der Historiker Christopher Clark 2012 formuliert, «Schlafwandler» gewesen. Zwar sei ihnen klar gewesen, dass der nächste kontinentale Krieg weder kurz noch verlustarm sein würde; aber sie waren nicht in der Lage die Gefahr einer europäischen Katastrophe wirklich zu fühlen und entsprechend zu handeln. Nun ist Ostasien eine Region mit ausgeprägtem Gedächtnis für ihre Konfliktgeschichte; dass sich die Staatsmänner und -frauen über die Folgen eines neuen Krieges grossen Illusionen hingeben, ist damit schwer vereinbar. Zudem wirkt die Präsenz der USA klärend:

«Ostasien ist eine Region mit ausgeprägtem Gedächtnis für ihre Konfliktgeschichte.»

Die Aussicht, dass jeder Konflikt zu einem grossen Krieg eskalieren könnte, lässt für das blinde Stolpern der «Schlafwandler» wenig Platz.

Die zweite Erklärung verweist auf die Auswirkungen militärischer Planung: Im Juli 1914 hätten ausgefeilte Mobilisierungs- und Offensivpläne die Politiker ab einem gewissen Zeitpunkt in den Krieg gezwungen. Zwar gibt es Hinweise, dass auch die militärischen Pläne Chinas und der USA frühe Offensiven beinhalten. Allerdings gibt es gute Gründe, warum auch diese Variante des «ungewollten» Krieges nicht greift: Zum einen würde ein Präventivschlag in Peking nur dann militärisch



Martin Zapfe und Michael Haas

Martin Zapfe leitet das Team «Globale Sicherheit» am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich. Michael Haas ist Researcher in diesem Team.

attraktiv erscheinen, wenn man einen Krieg ohnehin als unvermeidlich betrachtet. Zum anderen unternehmen die USA Anstrengungen, ihre Kräfte in der Region besser gegen chinesische Initiativhandlungen zu schützen und somit die Notwendigkeit frühen Handelns ihrerseits zu reduzieren. Die Operationspläne drohen vor diesem Hintergrund kaum zur hauptsächlichen Kriegsursache in Ostasien zu werden.

Anders verhält es sich mit dem dritten oft mit «1914» assoziierten Erklärungsansatz: Allen voran war es der deutsche Historiker Fritz Fischer, der 1961 die Ursache für den Kriegsausbruch in den bewussten Kalkülen einer Nation verortete. Das wilhelminische Deutschland habe im Rahmen

seiner «Weltpolitik» angenommen, dass die wahrgenommene Umzingelung durch Statusquo-Mächte einen Befreiungsschlag früher oder später notwendig machen würde. Der genaue Zeitpunkt des Krieges war also unbestimmt, sein Kommen jedoch nicht - der deutsche Generalstab befand deshalb: Besser früher als später.

Auch wenn historische Analogien zwangsläufig unzureichend sind: Wenn ein Vergleich mit dem der grossen Katastrophe des alten Europa nahe liegt, dann ist es die These vom gewollten, weil für «unausweichlich» befundenen Krieg; und das ist keine optimistische Diagnose. Auch in Asien gibt es mit China einen aufstrebenden Staat, der seinen Nachbarn militärisch überlegen ist und zunehmend gewillt scheint, seine historische Benachteiligung zu kompensieren und oft propagierte Rechtsansprüche selbstbewusst durchzusetzen. Das immer bestimmtere Auftreten Chinas in Territorialkonflikten lässt

«Nationalistische Strömungen haben in China erheblich an Einfluss gewonnen.»

Beobachter vermehrt zweifeln, ob die seit Jahrzehnten verfolgte Losung des «friedlichen Aufstiegs» noch gilt. Zuletzt haben nationalistische Strömungen in Bevölkerung und Armee erheblich an Einfluss gewonnen - toleriert von der Kommunistischen Partei. So scheint es plausibel, dass schliesslich auch Peking zu dem Schluss kommen könnte, dass es seine Ansprüche nur mit Waffengewalt durchsetzen kann - angesichts der aktuellen Schwächephase der USA vielleicht ebenfalls besser früher als später.

Natürlich hilft es nicht, wenn mit Japan auch die zweitgrösste Regionalmacht einen zunehmend konfrontativen Kurs fährt. Zudem gilt, dass Chinas Machtzuwachs in keiner Weise illegitim ist. Ob dieser Aufstieg friedlich gestaltet werden kann, bleibt indes fraglich. Und deshalb ist die Warnung vor dem «asiatischen 1914» eben doch nicht ganz von der Hand zu weisen.

KOMMENTAR

Nicht mehr als eine hohle Drohung

Schneller als geplant weitet die Europäische Union ihre Reiseverbote und Kontosperrungen gegen Russen und russische Firmen aus. Zudem hat die EU-Verwaltung den Auftrag erhalten, Finanz-, Rüstungs- und Technologiesanktionen vorzubereiten. Diese Resultate des gestrigen Treffens der EU-Aussenminister klingen sehr gut.



von Fabian Fellmann

Die EU bereitet neue Sanktionen gegen Russland vor. Doch bis zur Umsetzung dürfte es noch dauern.

Nur ist die Drohung mit wirtschaftlichen Sanktionen hohl. Sie fusst seit je auf der Zuversicht, dass sie nicht umgesetzt wird. Obwohl die EU von einer schnelleren Umsetzung der Massnahmen spricht, lässt sie sich immer noch reichlich Zeit. Die Wirtschaftssanktionen sollten schon seit Wochen beschlussreif sein. Doch es wäre wohl immer noch ein weiteres Treffen von Ministern oder sogar Staatschefs nötig, um sie formell zu ergreifen. Die Hürden dafür sind in den Sommerferien sehr hoch.

Die Widersprüchlichkeit ist vor allem Deutschland, Frankreich und Italien zu verdanken. Ihnen sind eigene wirtschaftliche Interessen in Russland wichtiger als eine gemeinsame Haltung der EU. Ob Sanktionen das Verhalten der Russen überhaupt beeinflussen könnten, ist allerdings zweifelhaft, wie frühere Versuche gegen andere Länder zeigten. Insofern ist die fehlende Einigkeit in der EU zu verschmerzen.

Doch es ist befremdend, wenn mehr als 200 Europäer gewaltsam aus dem Leben gerissen werden und die EU sich danach nicht einmal auf ein starkes ausserpolitisches Signal verständigen kann. Diese Botschaft hat Russlands Präsident Wladimir Putin sicher gut verstanden.

@ausland@azmedien.ch

POLEMIK

Wir wollen das Sommerloch zurück

Das waren noch Zeiten. Wenn Mitte Juli der letzte Politiker in die Ferien verreist war, brach die sogenannte «nachrichtenarme Zeit» an. In den unklimateilisierten Redaktionsbüros - von «Newsroom» hatte noch niemand etwas gehört - flossen nur noch Schweiß und Bier, aber keine Nachrichten mehr. Willkommen Sommerloch! Hallo Saure-Gurken-Zeit! Und heute? Tempi passati. Politik, Krisen und Kriege gönnen uns keine Atempause. Vor drei Jahren die Terroranschläge von Oslo und Utøya, 2012 der Prozess gegen Pussy Riot in Russland, im vergangenen Jahr die Odyssee von Edward Snowden. Und in diesem Jahr? Krieg im Gazastreifen, Vormarsch der Islamisten im Irak, Flugzeug-Abschuss in der Ostukraine. Das Sommerloch ist ein Phantom - ein Phantom wie einst Nessie. Nessie! Wo ist es eigentlich geblieben, das Ungeheuer vom Loch Ness? Ist vermutlich vereinsamt und hat sich aus Kummer im Loch Ness ertränkt. Vorbei - vergessen. Genau wie der Panther, der vor einigen Sommern durchs Solothurnische streifte. Oder der Wolf von Aarau, der keiner war. Wir brauchen all die schönen Saure-Gurken-Geschichten nicht mehr. Muss das sein? Gebt uns bitte unser Sommerloch zurück! (H.E.)

Was ist Ihre Meinung?

Diskutieren Sie online mit.
Stichwort Polemik.

KARIKATUR zu den Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten

